



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Parteienfinanzierung, juristisch politisch (Interview)

Schiess Rütimann, Patricia M

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-52618>

Newspaper Article

Originally published at:

Schiess Rütimann, Patricia M. Parteienfinanzierung, juristisch politisch (Interview). In: P.S., 42, 24 November 2011, 10-11.

Parteienfinanzierung, juristisch & politisch

In ihrer soeben erschienenen Habilitationsschrift untersucht die Juristin Patricia Schiess die rechtlichen Grundlagen der politischen Parteien in der Schweiz und vergleicht sie mit jenen in Belgien und Deutschland. Warum politische Fragen wie die Parteienfinanzierung auch aus rechtlicher Sicht zu beantworten sind, erklärt Patricia Schiess im Gespräch mit Nicole Soland.

P.S.: Politische Parteien sind, so steht es im Untertitel Ihres 726 Seiten starken Werks, «privatrechtliche Vereinigungen zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht». Dass man das so sehen und untersuchen könnte, habe ich mir noch nie überlegt, aber unter JuristInnen ist das offenbar gang und gäbe?

«Bei uns fliesst das richtig grosse Geld, wenn es an der Urne um AKW oder den Gotthardtunnel geht, also bei Abstimmungen. Wie soll man dort Regeln aufstellen?»

Patricia Schiess: Nein, Parteien wurden bis anhin kaum auf solche Zusammenhänge hin untersucht. Wenn Vereinigungen analysiert werden, dann meist Sportvereine – insbesondere wenn diese in finanzielle Schwierigkeiten geraten oder SportlerInnen beim Doping erwischt wurden.

Wer sich für Politik und die politischen Parteien interessiert, sich bislang aber kaum Gedanken gemacht hat über das rechtliche Fundament, auf dem diese stehen, ist folglich nicht hoffnungslos 'hintendrein'?

Nein, bestimmt nicht. Man kann gut für den Nationalrat kandidieren oder ein politisches Amt ausüben, ohne juristisch durchdacht zu haben, was das bedeutet. Die schweizerische Bundesverfassung verlangt den AmtsträgerInnen schliesslich keine Spezialkenntnisse ab; oder positiv formuliert: Es gibt bezüglich der Organisation von Parteien so wenige Regeln, dass die Gefahr klein ist, mangels Wissen dagegen zu verstossen.

Ausser, man will als SVP eine in Ungnade gefallene Bundesrätin loswerden...

Die SVP musste 2008 tatsächlich feststellen, dass sie Eveline Widmer-Schlumpf nicht einfach aus der Partei werfen konnte, da die Mitglieder der SVP Schweiz nicht die einzelnen Individuen sind, sondern die Kantonalparteien. Deshalb kann nur die Kantonalpartei ein einzelnes Mitglied ausschliessen – und die SVP Schweiz nur einzelne Kantonalparteien. Was sie dann mit der SVP Graubünden auch tat.

Hätte sich dieses Problem nicht gestellt, wenn wir ein Parteiengesetz wie in Deutschland hätten?

Das kann man so nicht sagen. Denn in der Schweiz sind Parteien ganz normale Vereine. Gibt es Ärger, dann greift man nach dem Ver-

einrecht. Der Verein kann sich seine Statuten selbst geben, muss sich dann aber auch daran halten. Hätte die SVP Schweiz in ihren Statuten dasselbe festgelegt wie die SP Schweiz – dass nämlich sowohl das einzelne Individuum als auch die lokale Sektion und die Kantonalpartei Mitglieder der nationalen Partei sind –, dann hätte sie Eveline Widmer-Schlumpf ohne Umweg ausschliessen können. Sie hätte also kein Parteiengesetz gebraucht, sondern nur die 'richtigen' Statuten.

Dennoch: Ein Parteiengesetz wäre sicher keine schlechte Idee.

Das hörte ich oft, als ich in Deutschland und Belgien für mein Buch recherchierte: «Ihr habt kein Parteiengesetz, bei euch ist ja nichts geregelt.» Aber das stimmt nicht. Das Vereinsrecht enthält alles, was es braucht, um Streitfälle zu lösen. Im Gegensatz zu den Menschen in anderen Ländern haben wir SchweizerInnen auch viel Erfahrung mit Vereinen: Wer in einer Partei aktiv wird, ist meist schon in

einem anderen Verein dabei und weiss, wie es läuft. In Belgien hingegen gibt es nicht nur weniger Vereine, sondern es ist auch komplizierter, einen Verein zu gründen. Es braucht beispielsweise einen Handelsregistereintrag – und damit logischerweise auch das Melden jeder Mutation im Vorstand –, und die Vereine müssen den Behörden ihre Mitgliederlisten übermitteln.

Warum haben Sie sich ausgerechnet in Belgien umgeschaut? Es gäbe in Europa noch andere Kleinstaaten, die Niederlande beispielsweise oder Dänemark.

Die PolitologInnen vergleichen die Schweiz häufig mit Belgien; aufgrund der dadurch vorhandenen Fachliteratur hat es sich für mich angeboten, dieses Land näher anzuschauen. Belgien ist relativ klein, mehrsprachig und gilt als föderalistisch, auch wenn es nicht 26 Kantone hat, sondern 'nur' drei Regionen und drei Sprachregionen (flämisch, französisch, deutsch). Ich konnte zum Beispiel untersuchen, wie die Parteien mit sprachlichen Minderheiten umgehen, ob sie darauf achten, dass diese im Parteivorstand angemessen vertreten sind. Ich habe festgestellt, dass die Schweizer Parteien auf lokaler und kantonaler Ebene mehr Freiheit haben. In Belgien ist das politische Leben viel zentralistischer.

Dafür wird in Belgien offen gelegt, wer wieviel Geld in den Wahlkampf steckt.

Ja, das ist in Belgien genau geregelt: Es wird im Voraus festgelegt, wie viel Geld pro Partei und pro KandidatIn maximal fliessen darf. Dieses Prozedere haben übrigens die Parteien selbst veranlasst: Ende der 1980er-Jahre stellten sie fest, dass sie immer mehr Geld für Wahlkämpfe ausgaben und dass sie Gefahr liefen, pleite zu gehen. Also setzten sie sich zusammen und arbeiteten ein Parteiengesetz aus. Die Parteienfinanzierung durch den Staat wurde zur gleichen Zeit beschlossen.

Das tönt vernünftig, doch kommt das Thema in der Schweiz aufs Tapet, dann geraten sich die Leute umgehend in die Haare. Warum ist bei uns anscheinend nicht möglich, was andernorts gut funktioniert?

In der Schweiz haben wir nicht nur Wahlen, sondern auch Abstimmungen. In Belgien wird

die Obergrenze aller Wahlkampf-Auslagen pro Partei festgelegt, dann wird gewählt, und dann ist wieder vier Jahre Ruhe. Natürlich könnten wir nur für die Wahlen eine Obergrenze festlegen. Doch wenn diese pro Partei gälte, wie wäre es dann mit Parteilos, die kandidieren? Oder mit Gruppen, die sich im Hinblick auf die Wahlen bilden und später wieder auflösen? Was machen wir mit jenen Leuten, die sich im letzten Abstimmungskampf vor den Wahlen an vorderster Front in Szene setzen und so zumindest indirekt Wahlkampf betreiben? Und: Bei uns fliesst das richtig grosse Geld, wenn es an der Urne um AKW oder den Gotthardtunnel geht, also bei Abstimmungen. Wie soll man dort Regeln aufstellen? Parteien engagieren sich indirekt via Komitees, und je nach Thema betreiben auch Unternehmen, Verbände oder Kirchen Propaganda. Ich bin jedenfalls gespannt, was im GRECO-Bericht des Europarates, der bald fertig sein dürfte, zur mangelnden Transparenz der Schweizer Politikfinanzierung stehen wird.

Das heisst, solche Regeln wären zwar machbar, aber der Aufwand wäre riesig?

Darauf läuft es hinaus. Wenn man sich die Mühe macht, klare Regeln zu definieren, dann muss man auch kontrollieren, ob sie eingehalten werden. Und das wäre aus den genannten Gründen nicht einfach. Falls wir denn Regeln aufstellen, müssen sie für alle AkteurInnen gelten, nicht bloss für die Parteien.

Und weil das zu aufwendig ist, lassen wir es halt sein?

Das wäre eine Kapitulation – nein, das ist keine Lösung.

Aber nicht mal die Jurisprudenz scheint eine Lösung aus dem Hut zaubern zu können.

Sie hat auch nicht viel dazu zu sagen; ihr Beitrag besteht darin, darzulegen, welche Grundsätze zu beachten wären und welche Gesetzesbestimmungen neu geschaffen werden müssten. Ob die Parteifinancen offen gelegt werden sollen oder nicht, ist immer noch eine politische Entscheidung – konkret der politische Entscheid der bürgerlichen Mehrheit, die diese Transparenz nicht will.

Seit neustem hat sie es einfacher – Sie liefern ihr mit Ihrem Buch die nötige Munition: «Zu aufwendig, zu viel Bürokratie».

Meine wissenschaftliche Aussage deckt sich nicht mit meiner politischen Überzeugung. Ich stelle in meinem Buch dar, welche rechtlichen Fragen zu bedenken wären, wollte man Transparenz schaffen. Ich denke aber, dass sich die Bürokratie durchaus im Rahmen halten liesse – vorausgesetzt, der politische Wille wäre vorhanden.

Wie meinen Sie das?

Wenn beispielsweise ein Verband hinstehen und verkünden würde, «diese Kampagne ist von uns, wir vertreten die und die Überzeugung, der Grossteil unseres Budgets stammt von der Firma soundso», dann müsste man von mir aus nicht jeden Rappen genau abrechnen.

Wenn jedoch eine ganze Stadt mit Plakaten zugespflastert wird, und niemand steht hin und sagt, «ich habe das bezahlt», dann leidet die Demokratie.

Warum das?

Weil es dann darauf hinausläuft, dass die Ehrlichen, die freiwillig mit offenen Karten spielen, den Kürzeren ziehen gegenüber jenen, die diskret im Hintergrund mit viel Geld operieren und nicht daran denken, ihr Gesicht zu zeigen. Und: Wie sollen sich die Stimmberechtigten ein Bild davon machen, wer welche wirtschaftlichen Interessen am Abstimmungsergebnis hat, wenn sie nicht wissen, wer bereit war, wie viel Geld in seine Kampagne zu stecken.

Sie sind für klare Verhältnisse – auch innerhalb der Fraktionen, denen Sie ein eigenes Kapitel widmen.

In der Bundesverfassung steht, dass die ParlamentarierInnen «ohne Instruktionen» abstimmen. Jede und jeder kann stimmen, wie er oder sie will, und die Stimme zählt, auch wenn er oder sie anders gestimmt hat, als die Fraktion beschlossen hat. Jede und jeder hat zudem das Recht, aus der Fraktion auszutreten beziehungsweise der Fraktion gar nicht erst beizutreten. Das alles ist unbestritten, aber dennoch ärgerlich für die Partei, die ein im Rat abtrünnig gewordenes Mitglied im Wahlkampf auf ihrer Liste führte und auch finanziell unterstützte.

Deshalb befürworten Sie, dass Abtrünnige aus der Partei ausgeschlossen werden können?

Ich kann die Partei verstehen, die so überlegt und entsprechend handelt. Schliesslich trägt die Partei auch eine Verantwortung gegenüber ihren WählerInnen: Diese sollen sich darauf verlassen können, dass die ExponentInnen der Partei, deren politisches Programm sie mit dem Einlegen einer Liste unterstützen wollten, in Bern auch tatsächlich diesem Programm gemäss agieren. Natürlich gibt es Ausnahmen; dass jemand bei ethischen Fragen wie Abtreibung oder Sterbehilfe eine andere Haltung haben kann, ist in meinen Augen kein Problem.



Patricia Schiess hat die Politikfinanzierung einmal aus einem anderen Blickwinkel betrachtet und in ihrer Habilitationsschrift so dargestellt, dass Interessierte auch gut einzelne Kapitel herauspicken können.

Sie haben Ihr Buch den 'gewöhnlichen' Parteimitgliedern gewidmet – weil Sie sie als die treueren Seelen einstufen als die AmtsträgerInnen?

In den zehn Jahren, seit ich mit den ersten Recherchen fürs Buch begonnen habe, hörte ich immer öfter Kritik an «den» PolitikerInnen: Sie machten eh bloss, was ihnen selbst am meisten nützte; seien nur auf Aufträge für die eigene Firma aus; sie seien narzisstisch, und so weiter. Ich glaube einfach nicht, dass «alle gleich» sind. Werden die Politik und die PolitikerInnen weiterhin systematisch schlecht gemacht, wird es in Zukunft noch viel schwieriger, genügend Leute zu finden für die viele Gratisarbeit wie Flyer verteilen, Unterschriften sammeln, Stände hüten, Vorstandsmitglied sein, Vorträge organisieren und so weiter und so fort. Das wäre schade. Ja, mehr als das: Es wäre gefährlich. Nehmen wir an, es meldete sich einer und würde angesichts des Mangels an aktiven Mitgliedern mit Handkuss aufgenommen – und kaum in der Partei installiert, entpuppte er sich als Neonazi. Selbst wenn wir eine staatliche Finanzierung einführen würden, müssten wir den ehrenamtlichen Parteimitgliedern Sorge tragen. Sie tragen die Vielfalt des Lebens in die Parteien hinein und stellen die Verbindung zur Bevölkerung her: So ist diese Widmung zu verstehen.